

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

30.11.1922 (No. 280)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umdort frei ins Haus geliefert für November 400 A. — Einzelnummer 10 A. — Anzeigengebühr: 10 A. für 1 cm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerveränderung, zwangsweiser Beibehaltung und Konturveränderungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Frankreich u. das Rheinland.

Die französische Regierung hat in letzter Zeit die Fäden ihrer alten Politik wieder aufgenommen: sie versucht, die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland vor allem infolge der unvernünftigen französischen Politik befindet, im Sinne der eigenen imperialistischen Wünsche auszunutzen. Man macht sich dabei die Sache in Paris recht leicht. Man erklärt, daß jetzt vom 1. Januar 1923 ab entweder gezahlt werden oder das gesamte Rheinland mit Einschluß von Zweidritteln des Ruhrreviers besetzt werden müsse. Von einem Moratorium will man also nichts wissen.

Mit großem Gepränge hat die französische Regierung dabei ihre Politik in Szene gesetzt. Und wenn jetzt offiziös veröffentlicht wird, daß die Besetzung oder — nennen wir es gleich beim richtigen Wort — die Annexion des Rheinlands und des Ruhrreviers nur für den Fall ins Auge gefaßt sei, daß sich ein deutsches Verschulden ergäbe, so ist das leeres Gerede, da ja jedes Kind weiß, daß das Zahlungsunvermögen Deutschlands von französischer Seite eben von vornherein als ein solches betrachtet wird. Nach französischer Auffassung wäre also am 1. Januar 1923 die Möglichkeit gegeben, das Rheinland zu annektieren. Daß Frankreich diese Absicht hat, ist zweifellos.

Natürlich hat die französische Regierung a m t l i c h noch keine Veranlassung gehabt, den alliierten Regierungen von seinen Absichten Mitteilung zu machen. Denn noch ist ja der entscheidende Termin nicht da. Früher aber ist auch die Brüsseler Konferenz noch nicht eröffnet worden. Auf ihr würde Frankreich ganz selbstverständlich mit seinen Wünschen und Plänen offen herortreten. Das, was sich jetzt also in Paris abspielt, ist diplomatische Vorbereitung, aber Vorbereitung im wahren Sinne des Wortes, das heißt ohne jeden Gedanken an Bluff. Frankreich will faktisch das ausführen, worauf es jetzt schon die Welt vorbereitet.

Offenbar setzt man in Paris voraus, daß England bezw. die neue Regierung in England den französischen Plänen keine unüberwindlichen Hemmnisse in den Weg legen wird. Und wenn die Londoner englische Presse dieser Tage jene Pläne recht unfreundlich erörtert hat, so braucht das noch lange nicht zu beweisen, daß die englische Regierung auch wirklich fest entschlossen ist, der französischen Annexionspolitik mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Ein solches Entgegenreten müßte dann naturgemäß zum Bruch der Entente führen, falls Frankreich nicht nachgibt.

Die Frage ist also die: Wird England sich zu einer energischen Haltung aufraffen, und wird Frankreich, wenn solches geschieht, auf seine Pläne Verzicht leisten oder das Risiko eines Bruches der Entente auf sich nehmen. Ganz zutreffend hat dieser Tage ein Pariser Blatt die Situation dahin gefaßt, daß Frankreich jetzt in aller Ruhe entscheiden müsse, ob die Aufrechterhaltung der Entente mit gleichzeitiger Mäßigung Deutschland gegenüber oder die Annexion des Rheinlands mit gleichzeitigem Bruch der Entente das bessere Geschäft sei.

Einen Krieg wird England wegen der Frage der Besetzung heute noch nicht führen. Aber es ist ganz klar, daß dieser Krieg in absehbarer Zeit kommen müßte, falls Frankreich seine Pläne verwirklicht. Denn England kann es auf die Dauer nicht dulden, daß der gesamte europäische Kontinent nur von einer Macht, also von Frankreich, beherrscht wird. Und auch das Italien eines Mussolini wird die Hegemonie Frankreichs wohl nur im Bunde mit anderen ansprechen können.

Gewiß ist bei alledem noch ein anderer Faktor zu berücksichtigen und das ist Amerika. Amerika ist auf der Konferenz von Lausanne, die es bis jetzt zu irgend welchen Ergebnissen noch nicht gebracht hat, in einer Weise aufgetreten, die doch klar erkennen läßt, daß es überall dort, wo wirklich amerikanische Interessen auf dem Spiele stehen, mitzureden will. Das Postulat der „offenen Tür“ ist ein recht definitorischer Begriff. Man kann dieses Postulat sehr theoretisch und sehr praktisch auffassen. Amerika scheint mehr für eine praktische Ausnutzung dieses Begriffes zu sein.

Das würde dazu führen müssen, daß Amerika auch in der Rheinlandfrage irgendwie aktiv vorgeht. Und nach Lage der Dinge würde eine solche Aktion wohl kaum auf der Linie der französischen Annexionspolitik verlaufen. Die Begeisterung für Frankreich hat sich in den letzten Jahren in Amerika doch merklich abgekühlt, und die Propaganda-reise Clemenceaus hat bekanntlich eher für Deutsch-

land, als für Frankreich Propaganda gemacht. Noch eine solche Reise und Deutschland hätte allen Grund, Herrn Clemenceau in einem Dankesbrief zum Ehrenbürger des Reiches zu ernennen! Von der Haltung Amerikas wird jedenfalls unter allen Umständen nicht abgesehen.

Für das Kabinett Cuno ist es ein harter Schlag gewesen, daß gerade sein erstes Auftreten von Frankreich mit der Meinungsäußerung der Politik der Drohungen und der Vergewaltigungen beantwortet wurde. In den Kreisen derer, die dem Kabinett schon aus Feindschaft gegen Wirth ein recht langes Leben wünschen, wird dieser Schlag auch deutlich genug empfunden. Und was tun nun diese Kreise, um sich zu helfen? Sehr einfach: sie wählen die Verantwortung auf die Schultern — Dr. Wirths ab und erklären mit bescheidenem Rückeln, daß ja die Politik Cunos eigentlich die Politik Wirths sei, und daß demnach Dr. Wirth die Schläge verdiene. Man lese einmal die Mitteilungsnummer des „Karlsruher Tagblatts“! Sie ist in dieser Hinsicht sehr lehrreich. Man sieht, daß es in Deutschland noch immer „Politiker“ gibt, deren ganze Tätigkeit sich in Charakterlosigkeit und Dummheiten erschöpft.

Wenn man jedenfalls im Umkreis der Deutschen Volkspartei geglaubt hat, daß das neue Kabinett Cuno bei Frankreich von vornherein einen großen Stein im Brett haben würde, so sieht man sich jetzt schwer getäuscht. Und doch brauchte gerade die Deutsche Volkspartei sich darüber nicht zu wundern. Gaben doch ganz offenbar einzelne „unvorsichtige“ Großindustrielle hinten herum französischen Vertretern so erhebliche Versprechungen gemacht, daß man es schon begreifen kann, wenn jetzt Frankreich von neuem die Forderung nach sofortiger Zahlung erhebt, um, falls sie abgelehnt wird, mit seinem Annektionsplan offiziell hervortreten zu können. Vielleicht sind die deutschen Großindustriellen und Großbankiers in der Tat bereit, von ihren Milliardenvermögen in Gold Frankreich gegenüber so viel zu garantieren, daß das Reparationsproblem im Sinne sofortiger Zahlungen in Fluß gebracht werden kann. Vielleicht! Wenn man allerdings die erregten Dementis liest, die die Großindustrie und ihre hervorragenden Vertreter alsbald veröffentlicht haben, so möchte man glauben, daß die Bereitwilligkeit zu zahlen heute, wo Dr. Wirth gestürzt ist, lange nicht mehr so groß ist, als in jenen Tagen, da man mit französischer Hilfe Dr. Wirth erst stürzen wollte.

Es ist dringend notwendig, daß die Geschichte mit dem ominösen Angebot der deutschen Großindustrie reslos aufgeföhrt wird. Auf jeden Fall bringt diese Geschichte uns schmerzlichen Schaden. Denn sie ist geeignet, im Ausland den Eindruck hervorzurufen, daß wir doch zahlen können. Und ein solcher Eindruck müßte für uns sehr bittere Folgen haben.

Frankreichs Rheinlandziele in der Geschichte.

Die Geschichte lehrt uns, daß Frankreichs Politik seit Jahrhunderten auf den Rhein gerichtet war, daß sie dabei stets auf die gleichen Hemmnisse stieß: auf die unentwegt deutsche Gesinnung der Bevölkerung und daß sie diese Hemmnisse mit brutaler Gewalt zu beseitigen trachtete. In der römischen Geschichte nimmt der französische Barbarenismus einen bedeutenden Platz ein. Die Ruinen alter Burgen, Schlösser und Ortschaften in allen Gebieten des Rheinlandes bis herüber nach Heidelberg sind dafür die Denkmäler „ruhmvoller französischer Geschichte am Rhein“. Frankreichs Eroberungspolitik ist nicht immer von allen Franzosen gebilligt worden. Wie heute, gab es auch in früheren Zeiten getreue denkende Männer in Frankreich, die diesen französischen Imperialismus scharf bekämpften. Sehr bezeichnend dafür ist ein Schreiben, das der Bischof Fénelon an den französischen Eroberungskönig Ludwig XIV. richtete und in welchem es u. a. heißt: „Ich habe mit Bedacht diesen Krieg (gegen Holland vom Jahre 1672) genannt, weil er die Quelle aller anderen war und weil er keinen anderen Beweggrund als den des Ruhmes und der Raube hatte, einen Beweggrund, der nie einem Krieg das Siegel der Rechtmäßigkeit aufdrücken kann. Daraus folgt aber, daß alle Erweiterungen der Grenzen, die ein Erwerb dieses Krieges sind, als ungerechte Eroberungen angesehen werden müssen.“

Ich weiß wohl, daß die erfolgten Friedensschlüsse die Ungerechtigkeit der Eroberung zu decken scheinen. Aber ein Krieg, der in einem Anfang ungerecht ist, wird durch ein glückliches Ende nimmer gerecht. Die Friedensschlüsse, die der Überwindene unterschreibt, sind nicht vom freien Willen unterzeichnet. Man unterschreibt — das Messer am Hals, wider Willen und bloß, um noch größere Verluste zu verhüten. Man unterschreibt, wie man seine Börse hingibt, wenn es heißt: Gib oder stirb! ...

Es wäre unnütz zu sagen, gemachte Eroberungen seien für Ihre Staaten notwendig. Notwendig kann für mich nicht sein, was ein Eigentum des andern ist. Wahrscheinlich ist nur eines — und dieses eine heißt: Gerechtheit. ... Die Sicherheit

der Grenzen müssen Sie sich verschaffen durch Klugheit in Ihren Allianzen, durch Mäßigung in Ihren Forderungen. ... Allein das Bedürfnis, die Grenzen zu sichern, gibt Ihnen keinen Rechtsgrund, Ihrem Nachbar sein Land zu nehmen. ...

Eben dieser Krieg ist die wahre Quelle, aus der jetzt noch alle die Übel fließen, unter denen Frankreich leidet. Von diesem Krieg an wollten Sie immer, statt die Friedensschlüsse nach dem Geist der Billigkeit und Mäßigung zu bestimmen, die Bedingungen des Friedens als ein gebietender Diktator der Welt vorschreiben. Und eben diese Willkür, die den Frieden erzwingt, trägt die Schuld, daß der Friede nicht dauern kann. Dies alles geht sehr natürlich zu, denn Sie selber sind ja den ausdrücklichen Bedingungen der Friedensschlüsse, die sie doch selbst mit so viel Stolz diktiert haben, nicht treu geblieben, Sie haben mitten im Frieden den Krieg wiedereröffnet und ungeheure Eroberungen gemacht; Sie haben die berühmte Reunionskammer errichtet, um zugleich Richter und Partei sein zu können. Das heißt doch wahrhaftig, zur Gewalttätigkeit der Inquisition noch die Ungerechtigkeit der Beschimpfung und Verhöhnung hinzuzufügen; Sie haben in dem weisfälligen Frieden zweideutige Ausdrücke aufgeführt, um Straßburg zu nehmen. Wie hat es einer Ihrer Minister seit so vielen Jahren gewagt, sich auf diese Ausdrücke in irgendeiner Unterhandlung zu berufen, um daraus auch nur den geringsten Anspruch, den Sie auf diese Stadt hätten, zu erkünsteln.

Ach Sie! Sie hätten sich den so gegündeten und friedlichen Ruhm, ein Vater Ihrer Unterthanen und ein Schiedsrichter Ihrer Nachbarn zu sein, erwerben können, und nun werden Sie als Feind Ihrer Nachbarn gehaßt und laufen Gefahr, auch als grausamer Beherrscher in Ihrem eigenen Reiche gefürchtet zu werden.

Sie! Sehen Sie sich einen Augenblick an die Stelle der Alliierten und erwägen Sie, wohin es führt, wenn man einem Vorteil oben und die gute Sache der Gerechtigkeit und der öffentlichen Treue hinansetzt. ...

Wie heute, so achtete man auch damals auf solche Stimmen nicht, man verfolgte sie vielmehr als Landesverräter, während man andererseits die Hochverräter auf der anderen Seite reichlich mit Geldmitteln versah, um sie für ihre imperialistischen Ziele zu mißbrauchen. Die jüngste Drohung Poincarés und die sophistischen Ausführungen Loucheurs bestätigen das in allen Punkten.

Polnischer Größenwahn.

Von den Vertretern der edlen polnischen Nation sind in den letzten drei Jahren mehr als genug Beweise einer krankhaften Selbstüberhebung gegeben worden. Den Vogel dürfte aber der Sejmabgeordnete Tomasz Dombal abgeschossen haben, der im polnischen Parlament einen Antrag einbrachte, in dem die polnische Regierung aufgefordert wird, „durch seinen Delegierten auf dem Friedenskongreß zu verlangen, daß der entsprechende, von Rechts wegen Polen gehörende Teil der deutschen Kolonien, Polen zuerkannt werde.“ In der Begründung führte der Abgeordnete aus, da die Alliierten die Absicht hätten, die deutschen Kolonien als Entschädigung unter sich zu verteilen, wäre es ein Unrecht, wenn auch diejenigen Teile der Kolonien, die eigentlich Polen zufallen müßten, unter die Verbündeten geteilt würden. Polen habe zwar zum Ausbruch des Weltkrieges nichts beigetragen, doch habe das polnische Volk gegen Deutschland stets eine feindselige und unverständliche Stellung eingenommen. Polen müsse deshalb durch einen Teil der deutschen Kolonien entschädigt werden. Auch müsse die polnische Handelsflotte im Sinne des Grundgesetzes von der Freiheit der Meere in allen Erdteilen eigene Stützpunkte erhalten.

Söher geht's nimmer! Polen bekam vor zweieinhalb Jahren Westpreußen und Polen großmütig geschenkt, ein Land, das in fast 50jähriger intensiver kolonialistischer Tätigkeit in mühsamer Arbeit aus einer Wüste in eine Koornammer verwandelt wurde. Industrie, Handel blühte unter preußisch-deutscher Herrschaft auf und machte aus ehemals verarmten, reichen Provinzen.

Vor dem Zerfall des Polenreiches hielten die polnischen Könige Deutsche als Kolonialisten in das Land, weil die Polen selbst nicht fähig waren, aufzubauen. Daß sie einmal Aufgebautes nicht erhalten können, beweist der Niedergang des ehemals preußischen Teilgebietes und der des ober-schlesischen Landes.

Der Krebsgang in der Entwicklung der Provinzen Westpreußen und Posen und Oberschlesien ist nicht nur deutschseits festgestellt worden; die Polen erkennen die hohe Kultur der Landwirtschaft unter preussischer Verwaltung an und rechnen mit einer merklichen Besserung der wirtschaftlichen Lage Gesamtpolens, sobald der frühere Zustand erreicht ist; die Zuteilung Oberschlesiens nannten sie eine Lebensnotwendigkeit. Das sind Hoffnungen, die immer weniger Berechtigung haben, je mehr die Deutschen zur Auswanderung gezwungen werden.

Die wirtschaftliche Lage des Landes hätte den Sejmabgeordneten veranlassen sollen, die Regierung aufzufordern, geeignete Maßnahmen zur Besetzung der Wirtschaftskrisis zu treffen. Statt dessen verlangt er von der Regierung, einen Teil der deutschen Kolonien zu fordern. Dem Abgeordneten schwobte sicherlich weniger das Ziel vor, überschüssige Kraft in Afrika wirken zu lassen — denn es sei nochmals betont, diese Kraft wird Polen nie aufbringen —, sondern ein neues Ausbeutungsobjekt zu gewinnen. Vielleicht meinte auch der Abgeordnete, in den Schwarzen Afrikas die Menschen zu finden, die sich leichter und ungestrafter der polnischen Peitsche duden, ohne daß sie beim Völkerverbund protestieren, wie es die „psia krew niemiecz“ belieben zu tun.

Wie ein Witz mutet die Forderung an, eigene Stützpunkte für die „polnische Handelsflotte“ in allen Erdteilen zu schaffen,

Doch eine eigentliche „polnische Handelsflotte“ überhaupt existiert, ist vielleicht nur dem Abgeordneten bekannt. Die Fischereifahrzeuge der Ostseeküste sind schlecht zur Handelsflotte zu zählen. Das einzige infesende Schiff, die „Gosolin“, läßt sich nur für kleine Fahrt verwenden, dürfte also die Ostsee nicht herauskommen — die Kolonien liegen in Afrika und in der Südsee.

Polen besitzt außerdem die „Dwom“, ein zur Kriegsmarine gehöriges, im Jahre 1898 erbautes, hölzernes Segelfahrzeug, das der Ausbildung von Marineoffizieren dient und gleichzeitig Güter befördert. Das Schiff lag fast dauernd als Reparaturbedürftig auf der Werft und unternahm in diesem Sommer die erste „weite Reise“ nach England. Auch für dieses Schiff benötigt Polen keinen Stützpunkt in einem fernen Meer. Alle Versuche, eine polnische Handelsflotte zu schaffen, scheiterten bisher. Im Winter 1920 wurde in New York die „Polnische Schiffsahrtsgesellschaft“ gegründet, die einen früheren deutschen 6000-Tonnen-Dampfer erwarb. Sie ließ den Dampfer auf der Germania-Werft in Kiel völlig umbauen. Der Dampfer mußte jedoch wegen Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zwangsversteigert werden. Die Gesellschaft löste sich auf, und somit war der Versuch, eine polnische Handelsflotte zu schaffen, gescheitert. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß polnische Gesellschaften bei den auf Jahrzehnte ungünstigen Bedingungen eine Flotte schaffen können.

Die Forderung des Abgeordneten ist in jedem Falle äußerst belustigend und wirft ein grelles Schlaglicht auf die Tatsache, wie die von Frankreich protegierte Stellung Polens die Köpfe in Polen verdirrt hat. Es handelt sich nicht etwa um einen nationaldemokratischen Abgeordneten, also um einen Chaubinisten, sondern um einen Kommunisten, der der polnischen Regierung neue imperialistische Ziele weist. Wie muß es nach dem Geisteszustand des Mannes von der äußersten Linken zu urteilen in den Köpfen der Rechtsextremisten aussehen! Und was sagen die deutschen Genossen, die Kommunisten, zu diesem Gefinnungsstreich?

Politische Neuigkeiten.

Nach den griechischen Hinrichtungen.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Griechenland kann nach allgemeiner Annahme nicht ohne Einfluß auf die Laufener Konferenz bleiben. Man fragt sich dort, wie die englische Delegation mit der griechischen nun am selben Tisch verhandeln soll. Sowohl die englischen, als auch die griechischen Delegierten hüllen sich in Schweigen. Auf alle Fälle hat die Militärregierung in Athen Griechenland einen sehr schlechten Dienst erwiesen, denn es ist jetzt in Lausanne von Freund und Feind verlassen und wird, von keiner Seite mehr unterstützt, das harte Schicksal des Besetzten voll auskosten haben. Vielfach hört man die Meinung, daß die englische Regierung die Gelegenheit zum Bruch mit Griechenland recht willkommen gesehen hat, da man im England selbst die griechische Bundesgenossenschaft als eine üble Erbschaft der Hera Klond Georges ansieht.

England und Italien.

Die Athener Hinrichtungen bereiten England, das auf Milde hingearbeitet hatte, Schwierigkeit. Die energische Geste der Abberufung des Gesandten dürfte wohl auch als Warnung an die Kemalisten vor ähnlichen Prozessen gedacht sein. Die Londoner Presse, außer der „Morning Post“, verurteilt die Hinrichtungen aufs Schärfste; dabei spielt das Gefühl der Mitverantwortung an der Politik Griechenlands mit.

Die Hinrichtung der griechischen Staatsmänner erregte in Rom als politischer Justizmord großen Stills helle Entrüstung, die unterschiedslos in der politischen Presse aller Schattierungen zutage tritt. Auch führte sie im Senat, der bei geschlossener Kammer tagt, zu einem Protest des früheren italienischen Vorkämpfers in Berlin Vokalt, dem sich im Namen der Regierung der Marineminister anschloß. Für verantwortlich für die Tat wird hier die venetianische Partei oder Venetelos selbst gehalten.

Das „Giornale d'Italia“ spricht von einer Mitschuld Frankreichs, dessen Gesandter in Athen sich nicht dem englisch-italienischen Schritte zugunsten der Verurteilten anschließen wollte. Übereinstimmung werden die schwersten Folgen für die Levante politisch und insbesondere die Krisen von Lausanne erwartet, obwohl bisher nicht feststeht, welche konkreten Schritte die Mächte vereinbaren werden.

Das neue griechische Kabinett.

Das neue griechische Kabinett setzt sich zusammen: Vorsitz: Oberst Gonatas, Leiter des revolutionären Komitees, auswärtige Angelegenheiten; Alexandris, früherer Gesandter in Bern, Inneres; General Pierrakos, früherer Minister in Bern, Konteradmiral Bulgaris, Krieg; General Pangalos, Verkehr und Post; Oberst Solomakopoulos, Landwirtschaft; Sideris, Justiz; Rendis. Das Finanzministerium übernimmt interimistisch der Generalsekretär im Finanzministerium Kallas. Die bisherigen Minister für Volkswirtschaft, Öffentliche Fürsorge, Unterricht und Ernährung behalten ihre Portefeuilles. Oberst Kostas bleibt als einziger Delegierter des revolutionären Komitees, das so gut wie aufgelöst ist.

Der neue Ministerrat veröffentlicht sein Programm, in dem es heißt, daß die Regierung sich über die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage u. ihre Verantwortlichkeit vollkommen klar sei. Sie werde mit allen Kräften für die Erfüllung der Rechte Griechenlands eintreten, ebenso für die Organisation des Heeres, die Befundung und die Wiederherstellung der öffentlichen Verwaltung, für die Befestigung der Ordnung und für den Schutz der gesetzlichen Interessen des arbeitenden Volkes. Sie werde Maßnahmen gegen die unbeschränkte Spekulation treffen und für die Unterbindung der Vertriebenensagen. Die Regierung sei fest überzeugt, daß sie hierbei auf die Mitarbeit der Mehrheit des griechischen Volkes rechnen könne.

Türkenwünsche in Lausanne.

Wie aus Lausanne gemeldet wird, beharren die Türken, bestärkt durch den Beistand der Russen, auf der Anerkennung ihrer Souveränität auf Mesopotamien. Über die Mandatsfrage verlaute noch: Wenn auch die Vereinigten Staaten die französischen und englischen Mandate in Syrien, Palästina und Mesopotamien genehmigt haben, so steht es doch fest, daß sie keineswegs die Behandlung der Mandate als Kolonialerwerb gutheißen wollen.

Weiter meldet aus Konstantinopel: Angora hat eine neue Note gesandt, in der sie auf den Protest der alliierten Oberkommissare über die Behandlung des auswärtigen Handels und der Ausländer in Smyrna und anderen besetzten Distrikten geantwortet wird. Die Note erklärt, die Kapitulationen seien ein Anachronismus und würden nicht anerkannt. Die Ausländer müßten den Gesetzen und Verfügungen der Nationalversammlung gehorchen, überall wo ihre Autorität maßgebend sei.

Damit Bey ist von Jemel Pascha aus London zu Poincaré nach Paris gesandt und von diesem empfangen worden. Seine Mission wird am Quai d'Orsay mit größter Bercksichtigung behandelt. Zu politischen Kreisen berichtet man, damit Bey sei beauftragt, die Beurlaubung der Türkei darüber zu erklären, daß Frankreich den Engländern die Führung der Verhandlungen in Lausanne überlasse.

Gescheiterte Regierungsbildung in Sachsen.

Die Verhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Landesorganisation und den Kommunisten in Sachsen über die Regierungsbildung sind gescheitert. Die Kommunisten stellen Forderungen auf, die durch den Appell an die Arbeiterchaft gegen das Reich durchgesetzt werden sollen. Damit stellen sie sich außerhalb der Verfassung, deren Anerkennung von den sozialdemokratischen Vertretern als erste Voraussetzung zu einer gemeinsamen Arbeit in der Regierung aufgestellt wurde. Die Verhandlungen mußten infolgedessen ergebnislos abgebrochen werden.

Der Kampf gegen die Teuerung.

Vom Reichswirtschaftsministerium wird uns geschrieben: „Die Gesamtheit der in Hannover liegenden Preisprüfungsstellen hat zu dem Problem der Kartellmacht, der Forderung der Wiederbeschaffungskosten und zu der Frage der Versorgung der Bevölkerung folgende Entschlüsse angenommen:“

1. Die sprunghafte Entwertung der Mark erhöht die Not der Massen von Tag zu Tag. Die Preisprüfungsstellen sind bestrebt, insbesondere durch Hintanhaltung der Preisüberforderungen bei Landwirtschaft, Handel und Gewerbe der Allgemeinheit den von ihr mit Recht verlangten Schutz zu gewähren. Wie in den anderen Berufszweigen sind auch bei Verbänden (Kartellen) schwere Mißstände hervorgetreten, deren Beseitigung bei der überwiegenden Bedeutung der Kartelle für das ganze Wirtschaftsleben eine Lebensfrage für das ganze Volk und seinen Fortbestand ist.

Dies verlangt nach der einstimmigen Auffassung der Preisprüfungsstellen, daß die Verbände zur Erlernnis ihrer großen Verantwortung durchdringen und den Willen zur Beseitigung von Mißständen bekräftigen. Von einer der Interessen der Gesamtheit des Volkes Rechnung tragenden und nicht nur privatwirtschaftlich eingestellten Politik der Verbände wird es abhängen, ob die Volkswirtschaft weiter besteht oder zusammenbricht. Organisationen von der Macht der Verbände sind in eine öffentliche Verantwortung hineingezogen und haben damit auch eine öffentliche Aufgabe gegenüber dem Volk, die sie in Zusammenarbeit mit den Behörden erfüllen müssen. Die in Gegenwart des Reichswirtschaftsministeriums versammelten Preisprüfungsstellen halten es für erforderlich, diese Verantwortung in ihrer ganzen Schwere einmütig festzustellen. Die Reichsregierung wird aufgefordert, darauf zu achten, daß das Verhalten der Verbände dieser schweren Verantwortung entspricht. Andernfalls sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die die Behörden in Stand setzen, den Schutz gefährdeter Interessen wahrzunehmen.

2. Die Preisprüfungsstellen lehnen die Anwendung des Wiederbeschaffungspreises ab. Sie erkennen nach wie vor an, daß die Geldentwertung bei der Berechnung der Verkaufspreise berücksichtigt werden muß. Der auf normaler Marktlage beruhende Marktpreis ist als entscheidender Bewertungsmaßstab für die Angemessenheit des Gewinns anzuerkennen.

3. Zu der Frage der Versorgung der Bevölkerung wurde folgende Entschlüsse gefaßt:

Die Preisprüfungsstellen halten die Entwicklung der Milchpreise mit Rücksicht auf die Volksgesundheit, insbesondere die Gesundheit der heranwachsenden Jugend für außerordentlich gefährdend. Sie erachten es für dringend notwendig, daß sofort im Zusammenhang mit dem Reichsernährungsministerium Maßnahmen ergriffen werden, welche geeignet sind, diese Gefahr abzumildern.

Die Einfuhr von Gefrierfleisch ist zu fördern, um einer unter dem Einfluß ungenügenden Angebotes eingetretenen übermäßigen Erhöhung der Inlandsfleischpreise entgegenzuwirken.“

Kurze polit. Nachrichten.

* Sinauschiebung der Brüsseler Konferenz? Nach dem „Matin“ scheint man in England für den Zusammentritt der Brüsseler Konferenz den Beginn des kommenden Jahres vorzuschlagen und die Vorlaufkonferenz nicht in Paris, sondern in London abhalten zu wollen. Man sei in London der Meinung, daß es bebaulich wäre, wenn die Brüsseler Konferenz zusammenbräche, bevor das Ergebnis der Mission des Schatzkanzlers Baldwin bekannt sei, der kurz vor Weihnachten nach den Vereinigten Staaten abreisen werde.

Nach dem „Echo de Paris“ soll Poincaré beabsichtigen, in vier bis fünf Tagen nach London zu reisen, um mit Bonar Law wegen der von englischer Seite geplanten Sinauschiebung der Konferenz zu verhandeln.

* Das deutsche Rheinland. Wie die „Post“ Bg.“ aus Köln meldet, geht durch die Rheinlande wegen der von Paris angeforderten Politik der produktiven Pfänder eine starke Erregung, die ihren Niederschlag findet in einer Reihe von Entschlüssen und Kundgebungen aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung und in denen es heißt, daß das ganze Rheinland heute erregt der ganzen Welt zuzufe, daß es deutsch ist und deutsch bleiben will.

* Französische Kriegsgerichtsentscheidungen im besetzten Gebiet. Das Wiesbadener französische Kriegsgericht verurteilte in dem Sossenheimer Fall, in dem bekanntlich zwei marokkanische Soldaten die Wirtschaft von Sahlmann unter Feuer genommen und dabei einen Mann erschossen und ein Mädchen schwer verletzt hatten, die beiden Täter Brahim und Barf vom 66. marokkanischen Schützenregiment, die im ganzen 162 Schüsse gegen die Wirtschaft und die Vorübergehenden abgegeben hatten, wegen Ungehorsam, Bedrohung der Vorgesetzten, Mordversuch und Mord zum Tode.

* Weitere Erhöhung der Kohlenpreise. Die Löhne- und Materialpreissteigerungen zwingen die Organe der Kohlenwirtschaft zu weiteren Preisserhöhungen, die am 1. Dezember eintreten sollen. Die beschlossenen Erhöhungen betragen u. a. je Tonne für Rheinland-Westfalen (Reichsmaß) 5737 M., für Lothringen durchschnittlich 6149 M., für Niederschlesien 7318 M., für Baden-Elsweiler 6448 M. usw.

* Der Berliner Schauspielerteil. Im Berliner Schauspielerteil wogt der Kampf hin und her. Die Schauspieler veröffentlichen Erklärungen gegen den Direktorenverband; schließlich auch die sogenannte Wfa (der freie Angestelltenbund). Die Streikenden erhalten immer neuen Zulauf. Geipielt wird noch immer nur an den Theatern, denen die Bühnengenossenschaft (anscheinend übrigens ziemlich zahllos) die Erlaubnis dazu erteilt hat. Wo man trotzdem ohne ihre Erlaubnis zu spielen versuchte, mußte das Publikum schließlich unverrichteter

Sache wieder abgeben, zu dem in den Kommerzspielen, wo die Bühnenarbeiter sich mit den Streikenden solidarisch erklärten und den eisernen Vorhang nicht in die Höhe gehen ließen. Um 9 Uhr abends begann vorgetern eine Kundversammlung der Schauspieler, die von mehr als 1000 Personen besucht war. Man hofft, daß es den Bemerkungen des Geh. Rats Lindemann vom Berliner Polizeipräsidium gelingen wird, Direktoren- und Schauspieler an den Verhandlungstisch zu bringen.

* Erfolge im Segelflug. Auf dem etwa 20 Meter über Meereshöhe gelegenen Flugplatz Fuhlsbüttel bei Hamburg, also über völlig ebenem Gelände, flog Flugzeugführer A. Förster mit dem von A. Wesemann in Binneberg gebauten Segelflugzeug „Senator“ bei einer Windstärke von 7 Sekundenmeter in 4 bis 6 Meter Höhe Strecken von 80 bis 160 Meter. Das Flugzeug ist nach dem Prinzip des elastisch-anpassungsfähigen Tragwerks gebaut. Man glaubt, daß bei Wind von 10 bis 12 Sekundenmeter ohne weiteres Strecken- und Dauerflüge ausgeführt werden können.

* Postpakete nach Bulgarien. Vom 1. Dezember an werden Postpakete ohne Wertangabe bis zum Gewicht von 5 Kilogramm nach Bulgarien zur Beförderung über Hamburg (Seeweg) angenommen.

Badische Übersicht.

Die Rebellen des Landbunds.

Der Landesauschuss des Badischen Landbunds protestiert nach der Herausgabe des auf Baden entfallenden Umlagebills nun abermals wieder gegen die Getreideablieferung. Er sagt in einer öffentlichen Kundgebung, die Mitglieder des Landbunds seien nicht gewillt, Umlagegetreide abzuliefern, bevor nicht die Preisfrage im Sinne des Landtagsbeschlusses vom 31. März 1922 geregelt ist. (Es handelt sich hierbei um die Forderung der Bezahlung des Umlagegetreides nach dem am freien Markt geltenden Preis.)

Die Erhebung einer Getreideumlage von der Landwirtschaft beruht auf einem Mißgeschick; die Festsetzung des für das Umlagegetreide zu zahlenden Preises erfolgt gleichfalls durch reichsrechtliche Regelung. Wer öffentlich gegen die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften auftritt und zur Mißachtung von Reichsgesetzen auffordert, macht sich damit strafbar.

Nachdem das Umlagebill für Baden durch das Reichsernährungsministerium heruntergeschickt worden ist, kann das Umlagebill sehr wohl aufgebracht werden. In jedem Zug der Verhandlung dieser Angelegenheit hat der Landbund ein gleiches Verfahren an den Tag gelegt. Vorstand des Landbunds ist Herr Landtagsabgeordneter Wehbar. Letzterer ist auch gleichzeitig Vorsitzender der Landwirtschaftskammer. Die Landwirtschaftskammer muß wissen, mit welcher Sorge in diesem Winter jede Regierung an die Ernährungsfragen herantritt. Wie sich die sogenannten freien Preise gerade beim Brot auswirken, darüber bedarf es insbesondere in diesen Tagen keiner weiteren Erörterung. Wenn es der Landbund darauf angelegt hätte, die Gefahrenquellen für die Störung der öffentlichen Ordnung zu beseitigen, dann würde er dieses Ziel nicht besser erreichen können, als er es mit seiner Art des Kampfes gegen die Getreideumlage tut.

Jeder Landwirt, welcher seitens der Verwaltungsbehörden als ablieferungspflichtig erklärt ist, kommt zu schwerem Schaden, wenn er der Aufforderung des Landbunds, kein Getreide abzuliefern, Folge leistet. Die Regierung kann und wird nicht dulden, daß das jetzt noch bestehende Umlagebill nicht erfüllt wird. Für den durch etwaigen Widerstand hervorgerufenen Schaden haben nicht nur die umlagepflichtigen Landwirte aufzukommen, sondern auch diejenigen Gemeinden, in welchen die Ablieferung von Getreide vernachlässigt wird.

Deutsche Notgemeinschaft.

P.A. Am 27. November 1922, vormittags, fand unter Vorsitz des Arbeitsministers Dr. Engler, eine Besprechung über die Aufbringung von Mitteln für die Deutsche Notgemeinschaft aus den Kreisen der Reichsbediensteten sowie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerchaft statt.

Das Ergebnis kann als ein erfreulicher Anfang einer würdigen Lösung der Mitleidsfrage bezeichnet werden.

Die Vertreter der Beamten und Angestellten sowie der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren zahlreich erschienen und einmütig von ihnen die Verpflichtung anerkannt, denen zu helfen, die, außerhalb des Erwerbsebens stehend, heute der bittersten Not ins Antlitz schauen. Die von Meid, Grot und Gemeinden zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel reichen auch nicht entfernt aus, diese Not zu beheben. Jeder, der mit voller Arbeitskraft im Erwerbseben steht, ist den nicht erwerbssfähigen Volksgenossen gegenüber so sehr im Vorteil, daß er schon aus diesem Bewußtsein heraus ein Opfer bringen muß, auch wenn er die Lücke im eigenen Haushalt für sich und seine Familie vielleicht hart empfindet. Als Wege der praktischen Durchführung wurden schließlich die folgenden bezeichnet, auf die sich die Vertreter der Organisationen einigten u. die Verpflichtung übernahmen, für deren Durchführung zu sorgen:

1. Bei den Arbeitern soll die Aufbringung der Mittel dort durch eine Wohlfahrtsübernahme erfolgen, wo der Betrieb ohnehin überflüssig erfordert. Ob diese Überflüssigkeit dem normalen Stundenlohn oder mit dem Satz der Überflüssigen zu berechnen ist, bleibt den Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen. Grundfähig soll daran festgehalten werden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer den gleichen Beitrag leisten.

2. In den Betrieben, in denen keine Überflüssigen geleistet wird, sollen alle vollbeschäftigten Arbeiter den Verdienst einer halben Stunde zugunsten der Notgemeinschaft als Beitrag leisten. Es wird als zweckmäßig empfohlen, daß die Arbeitgeber bei der Lohnzahlung diesen Betrag einziehen und als ihren Beitrag die gleiche Summe beifügen. Die Mitwirkung der Betriebsräte ist beim Einzug und bei der Ablieferung der Beiträge sicherzustellen, ebenso der Einfluß der organisierten Arbeiterschaft bei der Verteilung.

3. Über die Wiederholung dieser zunächst einmalig durchzuführenden Leistung wird ein bindender Beschluß nicht gefaßt, die Organisationen traten aber ausnahmslos dafür ein, daß im Hinblick auf die andauernde Not die Abgabe auch in den folgenden Monaten geleistet werde.

4. Das Landesamt für Baden des deutschen Beamtenbundes und die Verbände der Angestellten werden in geeigneter Weise

...die Sorge tragen, daß die Beiträge der Beamten und Angestellten in einem der Leistung der Arbeiter entsprechenden Verhältnis zum Monatsgehalt stehen.

Zum Streik in der Anilinfabrik.

Gestern morgen war ein kleiner Teil der Arbeiter im Werk erschienen, hat sich dann aber bestimmten lassen, die Arbeit wieder niederzulegen. An die Werksleitung war seitens der Arbeiter das Ersuchen gerichtet worden, sie möchte die drei entlassenen Betriebsratsmitglieder wieder einstellen, dann würde sich auch ihrerseits eine günstige Lösung finden lassen. Die Werksleitung hat das nach Lage der Sache abgelehnt, nachdem, wie mitgeteilt, auch das Gewerbeamt zugunsten des Werkes entschieden hat. Somit ruhte der ganze Betrieb der Anilinfabrik in den Vormittagsstunden. Die Gewerkschaften sind in dieser Angelegenheit praktisch ausgeschieden und haben auf die Arbeiter keinen Einfluß mehr.

Im Laufe des Vormittags hielten die Vertrauensleute der Arbeiterschaft eine Sitzung ab, in der beschloffen wurde, eine Abstimmung über die Streikfrage vorzunehmen. Die Arbeiter begaben sich darauf in die Betriebe, wo die Abstimmung erfolgte. Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden, doch fanden im Ludwigshafener Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Weiß Beratungen darüber statt, in welcher Weise neue Verhandlungen angebahnt werden könnten. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen. Die auswärts wohnenden Arbeiter sind nach der Abstimmung an ihren Wohnort zurückgekehrt.

Andere Meldungen betreffen: Nachdem die Belegschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik gestern vormittag die Abstimmung über den Streik vorgenommen hat, hat sich eine Mehrheit für den Streik ergeben. Nachdem also die Belegschaft, von dem Entgegenkommen der Direktion, die bereits gestern ausgesprochene Kündigung als ungeschehen betrachten zu wollen, falls die gesamte Belegschaft früh die Arbeit zeitlos wieder aufnehmen würden, keinen Gebrauch gemacht hat, ist die Aussperrung der gesamten Belegschaft in Kraft getreten und der Betrieb vollständig still gelegt worden.

Die Aussperrung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, die sich auf 21 400 Arbeiter erstreckt, hat dazu geführt, daß nun auch die Arbeiter der gesamten übrigen Industrie in Ludwigshafen mit in den Sympathiestreik eingetreten sind. Auf Anordnung der Arbeiter ist auch der größte Teil der Räder geschlossen. Die Versuche der Kommunisten, den Generalstreik auch auf Mannheim zu übertragen, war bis jetzt erfolglos. Verhandlungen finden zurzeit nicht statt.

Erhöhung des Personentarifs der deutschen Reichsbahn.

Auf der deutschen Reichsbahn werden die am 1. November 1922 in Kraft getretenen Tariffsätze für den Personenverkehr um weitere 100 v. H., also auf das Vierfache des Preises vom 1. Oktober 1922 erhöht. Eine Änderung des Preises auf den Fahrkarten findet nicht statt. Sie werden zum Vierfachen des darauf angegebenen Preises ausgegeben. Das bei den Stationen Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Baden-Baden verkehrswise eingeführte Verfahren der Ausgabe von Fahrkarten mit Angabe der Kilometrischen Entfernung statt des Fahrpreises und Ausschlag von Entfernungs- und Kilometerpreistafeln zur Unterrichtung der Reisenden über den schuldigen Fahrpreis bleibt weiterhin bestehen. Die Preise der Monatskarten werden vom 1. Dezember 1922 ab nach 18, statt wie früher nach 14 Einzelfahrten berechnet, wobei für jede Fahrt der abgerundete Preis einer einfachen Fahrkarte zugrunde gelegt wird. Der Preis der Schülermonatskarten beträgt wie früher die Hälfte, der Wochenkarten ein Viertel des Monatskartenpreises.

Für Einzelreisende, Monatskarten, Schülermonatskarten und Wochenkarten wird ab 1. Dezember 1922 mindestens der Preis für 11 Kilometer erhoben. Die Gepäcktarif beträgt 40 Pfennig für je 10 Kilo und 1 Kilometer, mindestens 40 Pf.

Mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 28. bis 30. November 1922 gelte werden, muß die Fahrt spätestens bis zum 30. November angetreten werden. Dies gilt auch für die Rückfahrt bei Doppeltarifen und bei Fahrkarten, die zur Fahrt in umgekehrter Richtung gelte sind.

Im November gelte Bahnsteigkarten dürfen zum Betreten des Bahnsteigs ab 1. Dezember 1922 nicht mehr benutzt werden.

Nähere Anstufungen erteilen die Abfertigungsstellen und das Verkehrsamt der Reichsbahndirektion.

Die Erhöhung der Eisenbahngütertarife.

Die zum 1. Dezember d. J. eintretende Erhöhung der Gütertarife bezieht sich nicht auf Karstoffeln und Obst; hierfür bleiben die bisherigen Sätze weiter in Kraft. Zur Schonung des Exportgütertarifs wird ferner das Mindestgewicht von 10 auf 5 Kilo herabgesetzt. Im übrigen ist mit Rücksicht auf die starken Tarifserhöhungen der letzten Monate in einem Umlaufschluß der ständigen Tarifkommission eine Änderung der Gütertariffikation beraten worden, die die Verbilligung der Frachten für eine Anzahl von Gütern, insbesondere für Lebensmittel und die Ermäßigung der Stück- und Kilofrachten bezweckt. Die Zeit des Inkrafttretens dieser Maßnahmen, die noch mit den Verkehrsbehörden beraten werden, steht noch nicht fest.

Es sind Befürchtungen laut geworden, daß durch die Gütertarifierhöhung zum 1. Dezember d. J. der Wettbewerb von Bremen und Hamburg zugunsten belgisch-holländischer Häfen ausgeschaltet werden könnte. Von industrieller Seite wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Eisenbahnfrachten vom Ruhrgebiet zu den deutschen Nordseehäfen vom Dezember ab weiter höher sein werden, als die zurzeit geltenden Tarife über Duisburg und den Rhein zu den belgisch-holländischen Häfen; dabei werden aber französische verschiedener Zeitschnitte miteinander verglichen. Die Wassertransporte vom Dezember stehen gar nicht fest, werden aber nach ihrer bisherigen freigelegten Tendenz eine Erhöhung erfahren. Dazu kommt, daß bei der Wahl des Ein- und Ausfuhrhafens die allgemeinen Verhältnisse und der Unterschied in den sonstigen Kosten, namentlich in den höheren Umschlaggebühren, eine große Rolle spielen. Es sind deshalb bekanntlich auch seit langem und zwar selbst zu Zeiten, wo die Eisenbahnfrachten die Schiffsfahrtsfrachten weit unterboten, derartige Verschiebungen in der Güterbelastung der deutschen und ausländischen Häfen beobachtet worden, ohne daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Häfen für längere Zeit beeinträchtigt worden wäre.

Die Industrie der Ole, Seifen, Fette und ähnlicher Produkte.

Der chemischen Industrie nahe verwandt ist die Industrie der technischen Ole und Fette, der Seifen, Glycerine, Lauge und Firnisse. Wie aus der neuesten Nummer der „Statistischen

Mitteilungen“ hervorgeht, handelt es sich in Baden um etwa ein vierteljahrhundert Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern, die dieser Industriebranche angehören; in denselben sind rund 2100 Arbeiter beschäftigt. In der Mehrzahl handelt es sich um Kleinindustrielle Unternehmungen, über 20 von den Betrieben haben weniger als 50 Arbeiter.

Der Industriezweig charakterisiert sich durch die sehr mannigfaltige Art seiner Erzeugnisse. Etwa ein halbes Duzend Fabriken ist auf die Herstellung technischer Ole, insbesondere Mineralöle eingestellt. Andere beschäftigen sich mit der Erzeugung von Schmelz- und Putzmitteln. Die 2 größten Betriebe gehören der Seifen- und Parfümerieindustrie an. Eine Karlsruhe Parfümerie- und Toilettenseifenfabrik mit über 1000 Arbeitern ist Weltfirma ersten Ranges. Die zweitgrößte Seifenfabrik des Landes ist in Mannheim ansässig; hier werden Kernseifen, Textil- und Olivenseifen, Seifenfloden und Seifenpulver hergestellt. Ingesamt sind in der fabrikmäßigen Seifen- und Parfümerieindustrie über 1400 Arbeiter beschäftigt.

Von den Fabriken, die Harzprodukte, Lade, Glasuren, Firnisse usw. erzeugen, gehört eine ganze Anzahl zur Industrie des Mannheimer Plages, doch gibt es weitere Lade-, Fußboden- und Parkettwachsfabriken dergl. noch allenthalben im Lande. Eine bekanntere Fabrik für Lade, Firnisse (Lack) und Harzergüsse befindet sich auch in Oppenau. Leim und Gelatine für technische Zwecke werden in Ladenburg und im Heidelberg Bezirk hergestellt; Fabriken für Pflanzenleim sind in Mannheim und im Böhlerthal.

Aus der Landeshauptstadt.

* Geheimrat Karl Salzer, der Präsident des Badischen landwirtschaftlichen Vereins, feiert am morgigen Tag seinen 80. Geburtstag. Innerhalb des obengenannten Vereins hat er sich große Verdienste erworben, so auch als Bezirksvorsitzender in den Amtsbezirken Fetschen, Eiberg, Wehring, Werlingen und Emmendingen während 37 Jahren. 1907 wurde er Präsident des Badischen landwirtschaftlichen Vereins, 1922 wurde er in den Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer berufen. Dem Verein gehen von allen Seiten viele Glückwünsche zu.

* Altmaterialsammlung für die Winterhilfe. Die Altmaterialsammlung zugunsten der Winterhilfe hat einen sehr guten Erfolg gehabt. Überall stießen die Gaben reichlich, manchmal so stark, daß die jugendlichen Sammler fast nicht Herr werden konnten. Aber das endgültige Ergebnis kann erst nach Sichtung und Sortierung der umfangreichen Lager Mitteilungen gemacht werden. Leider hat das unfreundliche Wetter nicht überall die reiflose Durchführung der Sammlung gestattet, so daß da und dort die bereit gestellten Altmaterialien nicht zur Abholung gelangt sind. Die betreffenden Familien werden gebeten, solche Versehen der Geschäftsstelle der Winterhilfe (Städt. Fürsorgeamt — Zentralstelle — Rathaus, 8. Stock, Zimmer 122) kurz mitzuteilen, damit die Abholung der der Winterhilfe“ zugehörigen Gegenstände veranlaßt werden kann.

* Landestheater. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, eine Morgenfeier stattfindet, die dem Tanz gewidmet ist. Die Balletmeisterin Mini Kaine hat dafür ein völlig neues Programm zusammengestellt, das unter dem Gesamttitel „Tanzszenen“ unter ihrer Leitung zum erstenmal gezeigt wird. Bei den Vorstellungen ist auf Vielseitigkeit Rücksicht genommen, neben filigranen eleganten National- und Charaktertänze zur Darstellung. Ein breiter Raum ist den Kinderspielen gewidmet, auch die Melodram- und Wiedererzählung sind vertreten. Besonders hingewiesen sei neben Kompositionen von Melartin, Grieg und Einbig auf Bizet, Mendelssohn, Joh. Strauß, Brahms, Mozart und Emil Sauer. Die Vorstellungen begleitet Herr Kapellmeister Schweppe am Flügel.

Sonntag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, gelangt in einer vollen Neuaufbereitung „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauss nach längerer Pause zur Aufführung. Das Werk wird von Operndirektor Fris Cortolegis musikalisch geleitet und von Oberregisseur Josef Kurnau in Szene gesetzt. Die Hauptpartien liegen in den Händen der Damen Brügelmann, Landwehr, Josef-Tomshil, Nobegg, Stecher und der Herren Wulfard, Klug, Lehig, Peters und Barth. Beginn 8 Uhr.

Das zweite Sinfoniekonzert des Badischen Landesorchesters, das nächsten Montag, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr im Landestheater stattfindet, beginnt mit der Erstaufführung eines sinfonischen Werkes für großes Orchester von dem Münchener Komponisten Walter Braunfels. Die phantastischen Erscheinungen eines Themas von Viktor Bertling“ op. 25 stellen den originellen Versuch dar, in zwölfmalig verschiedener, den Variationen veränderter Form ein charakteristisches Thema des französischen Romantikers und Vertreters der programmatischen Musik erscheinen zu lassen. Von Herrn Kammermusiker Trautwein gespielt, schließt sich Schumanns Konzert für Klavier A-moll op. 109 mit Orchester an. Am Ende des von Operndirektor Fris Cortolegis geleiteten Konzertes steht Verhovens Siebente Sinfonie (A-Dur).

Im Konzerthaus findet am Freitag, den 1. Dezember für den Verein Volksbühne die Aufführung des 4. Aktigen Volksstückes „Der Dreibrüderbauer“ von Karl Dapper, dem ehemaligen Mitglied des hiesigen Landestheaters, statt. Das Werk wurde bereits vor mehreren Jahren von der früheren Intendanz zur Aufführung erworben. Die Titelrolle wird von Herrn Herz gespielt, der zugleich die Spielleitung innehat. Die anderen größeren Rollen liegen in den Händen der Damen Clement, Ermacht, Frauendorfer, Herrmann, Noormann und der Herren Brand, Enlein, Fiß, Gemmede, Höder, Rißch, Müller, Max Schneider und von der Frau Ulrici. Anfang der Vorstellung 7 Uhr.

Verschiedenes.

10 Leitfäden für den Jäger.

Von Konrad G u e n t h e r (Univ.-Prof. in Freiburg i. Brsg.)

1. Erste Voraussetzung übernimmt der Jäger mit dem Jagdrecht. Die Tiere in Wald und Feld sind organische Teile unserer lebendigen Heimat. Diese gab unserm Volke die Eigenart und Klingt in seinen Liedern, Sagen und Märchen wieder. Gemeingut des Volkes ist die Natur. Und der Jäger hat die Pflicht, über ihrem Reichtum, ihrer Frische, ihrer Schönheit zu wachen, was die jagdbaren Tiere betrifft.

2. Die Natur ist ein Organismus. Ein solcher beruht auf der Harmonie seiner Teile. Darum ist die Natur nur gesund und schön, wenn reichhaltiges Leben sie erfüllt. Viele Tierarten muß es in ihr geben; auch das unscheinbarste Tier hat seine Rolle in diesem Uhrwerk. Dämpfen mag der Mensch zu starke Vermehrung einer Art, ausrotten aber darf er keine, denn fehlt dem Uhrwerk ein Radchen, so treten Schäden auf, die auch der Fortmann und Landwirt spüren.

3. Raubtiere und Raubvögel sind Argus des Wildes und der anderen Tiere. Durch Weglassen der Kränkel und Schwäch-

lichen erhalten sie die anderen in ihrer Kraft. In einer gesunden Jagd dürfen sie nicht fehlen.

4. Die Tiere sind Geschöpfe einer höheren Kraft, deren Hand auch der Mensch entstammt. Es ist ihr größtes Glück, ein besserer Wille als dieser, und vom „Blutdurst“ des Wölfels, der „Grausamkeit“ des Habichts zu sprechen. Die Tiere können nichts dafür, daß ihr Darm auf Fleischnahrung eingerichtet wurde.

5. Es gibt viele, die sich Jäger nennen, aber nur Schatzknechte sind. Schiefer wollen möglichst viele Tiere niederknallen, Schiefer töten jeden auffallenden Vogel, Schiefer können keinen Ruffard vom Habicht, keinen Turmfalke vom Sperber unterscheiden.

6. Der Jäger schießt nur, wenn er das Tier, das ihm begegnet, kennt und erkennt, und wenn er hoffen darf, es tödlich zu treffen. Er schießt nicht die Nachjagd, er stellt keine grauenhaften Fallen. Und er schießt nur, was er verwerten kann, nicht um mit seiner Geschicklichkeit zu prahlen, oder sie zu üben. Dafür sind Felscheiben da.

7. Der Jäger schießt nicht nach seltenen und auffallenden Vögeln, um „Trophäen“ in seine Stube zu hängen. Er weiß, daß ein lebendiger Vogel im Walde schöner ist, als ein ausgestopfter zuhause. Ihm ist der Wald ein zweites Heim. Auch hier freut er sich über jeden Schmutz, die ihm schäumenden Fische, den kreisenden Raubvogel. Sein Stolz ist der Reichtum seines Reviers.

8. Der Jäger schont vor allem die Tiere, die mit unserem Volksleben, mit Sage und Märchen verknüpft sind, wie Adler und Uhu. Er ehrt damit seine Vorfahren, denen diese Tiere heilig waren. Und nie schießt er auf Eulen, die nur nützlich sind und der Waldnacht mit dunklem Auf das Geheimnisvolle geben.

9. Erlebnis ist dem Jäger das schönste Geschenk der Jagd. Erlebnisse sind Trophäen, die im Herzen hängen, und die keine Moten fressen. Darum kann der Jäger zu rechter Zeit das schützende Gewehr ruhen lassen und trägt doch mehr nach Hause, als der, der immer nur schießt und nie dem Herzen Zeit läßt, sich dem Anblick des Tieres in der Harmonie seiner Umgebung zu öffnen.

10. Niemand kann ein rechter Weidmann werden, der nicht darnach strebt, die Tiere kennen zu lernen. Und zwar nicht nur das Bild, da dieses zum Gesamtorganismus der Natur gehört und für sich allein nicht zu verstehen ist. Hier liegt zugleich der einzige Weg zur rechten Freude am Weidwerk. Von Tag zu Tag fühlt man sich mehr zu Hause in der Natur, lernt die Tiere als vertraute Freunde kennen, die man lieb gewinnt, sammelt Reichtümer an Wissen und Erkenntnis und empfindet es immer wieder als Gnadengeschenk, als Kind der Natur bei dieser Mutter zu weilen. Wer so das Weidwerk übt, hat das Recht, es edel zu nennen.

Eigenartige Milchverbilligung.

Der Stadtrat von Jenau hat, da die Schlemmersteuer nicht durchführbar ist, ein Erlasses beschlossen, wonach der Besuch von Bars, Dielen und ähnlichen Lokalen besteuert wird. Jeder Besucher hat den Wert von fünf Mas Bier zu zahlen. Für die Steuer haftet der Lokalbesitzer oder Pächter. Der Ertrag der Steuer ist zur Verbilligung der Milch für Kinderdarmittel bestimmt.

Kommunalpolit. Rundschau.

Sterblichkeit in deutschen Großstädten.

Von Dr. Schoppen, Düsseldorf.

KK. Die Sterblichkeit in deutschen Großstädten bewegte sich im Verlaufe des dritten Vierteljahres 1922 weiterhin wie in der vorhergehenden Zeit in absteigender Linie, wenn sich auch in den letzten Wochen ein gewisser Wendepunkt andeuten scheint. Ingesamt sind in den drei Monaten Juli bis Oktober auf Tausend der Bevölkerung und aufs Jahr berechnet 10,9 Personen dem Tode anheim gefallen, während es im Vorjahr in der gleichen Zeit 11,5 Personen waren. In den einzelnen Monaten war die Sterblichkeit mit 11,0 im Juli am höchsten, im August mit 10,7 am niedrigsten, und im September lag sie mit 10,9 in mittlerer Linie. Dabei hielt sich die Zahl der Ortsfremden, die in Großstädten vom Tode betroffen wurden, durchschnittlich etwa auf gleicher Höhe. Dagegen hat die Zahl der gestorbenen Säuglinge trotz einer immerhin merklichen Abnahme der Geburten im letzten Vierteljahr von Monat zu Monat zugenommen. Starben im Juli im Durchschnitt wöchentlich nur 540 Kinder unter einem Jahr, so waren es im September bereits fast 630. Das ist beachtenswert, weil ja ein überaus großer Prozentsatz der Säuglinge im allgemeinen in den ersten Lebenstagen absterbt, und weil infolgedessen die Geburtenzahlen die Sterblichkeit maßgeblich zu beeinflussen pflegen.

Die einzelnen als Todesursache angegebenen ansteckenden Krankheiten zeigen ein recht unterschiedliches Verhalten. Von den Krankheiten, die in geringerer Maße als im Vorjahre zum Tode führten, sind neben Scharlach, Typhus und Ruhr vor allem die Erkrankungen des Magens und Darmtraktes zu erwähnen. Während Typhus nur in verhältnismäßig geringem Umfang tödlich verlief, starben bei Scharlach prozentual immerhin nur halb so viel, und an Ruhr sogar nur der vierte Teil wie im Vorjahr; die Zahl der Sterbefälle war dabei allerdings auch nur gering. Betrachtlich ist jedoch die Abnahme bei Magen- und Darmkatarrh und bei Stabruhr. Sie führten im Vorjahr in den deutschen Großstädten, die damals eine Bevölkerung von 15,1 Millionen aufzuweisen hatten, in 4900 Fällen zum Tode, im letzten Vierteljahr dagegen nur in 2100 Fällen, obwohl die Einwohnerzahl jetzt auf 16,5 Millionen zu veranschlagt ist. Und was eigentlich fast noch wichtiger sein dürfte: unter den 2100 Personen befanden sich jetzt nur 1660 Säuglinge, während es im Vorjahr fast 4100 waren. So ist denn bei den Erkrankungen der Verdauungsorgane die Sterblichkeit im Vergleich zur Einwohnerzahl von 1,3 auf 0,5 zurückgegangen. Zu diesem Rückgang hat die im Sommer 1922 für die Säuglingssterblichkeit viel günstigere Wirkung in hohem Grade beigetragen.

Das entgegengesetzte Bild, nämlich höhere Sterblichkeit, zeigen Masern und Erkrankungen der Atmungsorgane. Wenn Masern auch nur einen geringen Anteil an der Gesamtsterblichkeit stellen, so war diese im letzten Quartal doch doppelt so hoch als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Den Erkrankungen der Atmungsorgane erlagen jetzt 2,5 vom Tausend der Einwohnerzahl; im Jahre 1921 nur 2,4. In einzelnen war hier die Sterblichkeit nur bei Diphtherie und bei Infuenza geringer, die jedoch beide für die Gesamtsterblichkeit nicht maßgeblich in Betracht kommen. Dagegen sind verhältnismäßig mehr Personen als im Vorjahr dem Keuchhusten, der Lungenentzündung und der Tuberkulose erlegen. Die Tuberkulose zeigt seit April 1922 von Monat zu Monat geringere Sterbezahlen. Denn starben dort im Durchschnitt der Woche nach 640 Personen an Tuberkulose, so waren es im August nur noch 226 und im September 222. Ingesamt hat aber die Tuberkulose im dritten Vierteljahr 1922 in deutschen Großstädten fast 5400 Opfer gefordert; im Vorjahr dagegen nur 4600. Vom Tausend der Bevölkerung sind jetzt 1,31 Personen dieser Krankheit zum Opfer gefallen, während es 1921 nur 1,22 waren.

Literarische Neuerscheinungen.

Meine Amalthea-Bücherei. Die kleine Amalthea-Bücherei, deren erste Bändchen wir vor Jahresfrist hier mit lebhafter Anerkennung besprochen haben, tritt mit der Devise: „Fülle des Lebens“ vor das Publikum. Sie will Meistergebilde aller Literaturen und Epochen in vorbildlicher und dem Wesen des einzelnen Werkes nachführender Aufmachung und doch in einheitlichem zierlichem Gewande einer breiten Öffentlichkeit zum Genusse darbieten. Neu erschienen sind: „Halifa“. Ein Märchen aus 1001 Nacht. (Nach der Übersetzung von Henning Buchschmud und 8 Original-Bithographien von Oskar Karlen.) — „Der rote Vorhang“ von Barbeq d'Aureville. (Deutsch von A. Schurig. Buchschmud und 8 Original-Bithographien von Otto Goetze.) — „Visionen“ von E. Turgenjef. (Buchschmud und 8 Original-Bithographien von Christian Ludwig Martin.) — „Die Judenbuche“ von Annette v. Droste-Hülshoff. (Buchschmud und 6 Dreifarbenbrüche nach Aquarellen von Bernd Steiner.) Man erkennt aus diesen Titeln, daß hier wirklich das Beste und zugleich Feinste aus der Weltliteratur dargeboten wird. Die Ausstattung ist sehr hübsch. Die Bändchen eignen sich vorzüglich zu Weihnachtsgeschenken.

Otto Klatte: Die Simona. (Verlag S. Fischer Berlin.) — Wollte man den Inhalt dieser Erzählung wiedergeben, so wäre er die Geschichte der Tänzerin Kelly und des kleinen deutschen Beamten, die sich in Konstantinopel begegnen, erfassen und auseinanderziehen. In dieser Erzählung vom Goldenen Horn läuft Klatte Pierre Loti den Rang ab und ist noch einen Grad diskreter als diese.

Robert Jacques: Siebenschmerz. (Verlag S. Fischer Berlin.) — Der Dichter stellt in einer leidenschaftlich eindringlichen Geschichte dar, wie ein tapfer ererbter Schmerz in Freude und Fruchtbarkeit verwandelt werden kann. Eine wohlthätige Frömmigkeit, die das Göttliche in dem Menschen, in ihrer Gemeinschaft und ihrer Erde sieht, findet in Jacques Buch ihren gläubigen und entschlossenen Ausdruck.

Iwan Bunin: Der Herr aus San Franzisko. (S. Fischers Verlag, Berlin.) Diese bedeutsame Novellenansammlung vermittelt den deutschen Lesern die Bekanntheit des größten unter den jüngeren russischen Erzählern. Hier meldet sich ein Künstler, dem die Beherrschung aller seiner Mittel voraussetzung ist, dem das Gelingen innerer Reiz und Schaffenszweck bedeutet. Bunin besitzt die Fähigkeit, das Wesen seiner Figuren in dem Erlebnis ihrer schicksalgeprägten Umwelt sichtbar zu machen, so, als würden sie von dieser ihrer Welt beobachtet, verfolgt und erlebt. Um so ergreifender wirkt es dann, wenn der Dichter von dieser Verstricktheit mit der Fülle des Lebens die überlassene, hilflose und fast nicht mitteilbare Einsamkeit des Menschen abhebt.

Otto Klatte: Rußland. Roman. (S. Fischer, Verlag, Berlin.) — Was ein Zeitkritiker jüngst forderte: „Alles konstruktive Mühen hilft uns nicht weiter, wir brauchen die Selbstverständlichkeit des Lebens, die freie und reine Schöpfung aus der Unmittelbarkeit des Daseins, den Geist als Natur“ — mit diesen Worten könnte man „Rußland“ umschreiben. Der Geist ist hier Natur, jung, spannkraftig, lachend und von kriegsführender Energie, „zynisch“, sagt Klatte, weil er sich vielleicht schert, religiös zu sagen. Wir haben es hier mit einem der ersten und gehaltvollsten Romandichtungen der jüngsten Zeit zu tun. Der Stil Klattes ist der eines Meisters der Sprache. Niemand wird das Buch ohne seelische und geistige Bereicherung zu Ende lesen.

Ludwig Huna: Das Mädchen von Nettuno. Der Vorgia-Trilogie. Schlusshand. Roman. (Verlag Grethlein & Co. Leipzig.) — Hunas Vorgia-Romane sind dramatisierte Seelenstudien. Keine epische Breite, kein Beschreiben nur von geschichtlichen Ereignissen. Sie lesen sich sehr flüssig und spannend. Cesare Vorgia wird in diesem Roman allerdings zum deutschen Randscheinhelden nach dem Geschmade lyrischer Jungfrauen.

Das Chamäleon. Ein Geldbuch. Geschrieben und mit 90 Bildern illustriert von Adolf Uzarski. (Delphin-Verlag München.) — Spannend wie ein moderner Alltagsroman, den es höchst amüsant perfrisiert, und mit einem überlegenen Humor erzählt dieses „Geldbuch“ von einem Chamäleon, nämlich einem äußerst gewickelten Hochstapler und Betrugschwindler, der in den verschiedensten Masken aus den Schwächen seiner Mitmenschen einen nicht alltäglichen Nutzen für sich und den Leser zieht. Die Dummheit und Verlogenheit ganzer Gesellschaftsschichten wird dabei auf das Ergößlichste bloßge-

legt, und eine ganze Reihe von zweckschillernden Episoden lassen die humoristische Kunst des Verfassers im hellsten Bilde funkeln. Das Buch, das mit einer Fülle lustiger Bilder geziert ist, wird in unserer trüben Zeit vielen Tausenden Freude im Lesen bringen.

Raoul Auernheimer: Lustspielnovellen. (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.) — Der Titel kennzeichnet glücklich die Eigenart dieser heiteren Prosastücke, die den witzigen Vorwurf, die überraschende Pointe, den amüsanten, geistreichen Dialog und die Situationskomik des guten Lustspiels mit der feinen Psychologie und Stimmungskunst der Novelle vereinen — eine Mischung, wie sie nur einem überlegenen Geistesalter gelingen konnte. Wer diese sieben Novellen liest, verbringt einige Stunden in anregender Gesellschaft, die er, um viel innerliche Reife und allerlei nachdenkliche Weisheiten bereichert, nur ungern verlassen wird.

Hans Hyan: Diabolus. Roman. (Dr. Eysler & Co. A.-G. Berlin SW.) — Es ist das Berlin der Vorkriegszeit, das der bekannte Verfasser in einer jener damals wiederholt aufzudeckenden Idyllenatmosphären grell beleuchtet. Doch im letzten Grunde ist Hyan stets Analyst der Seele und in Sonderheit der Psyche der Abnormen. Das ist es, was selbst den Gestalten im Grunde die Anteilnahme des Lesers verschafft, die vom Standpunkt der Moral als Schurken und Gallunken gewertet werden müssen.

Alte und neue Volkslänze, gesammelt von E. Friede Cario, Klavierbegleitung von Lotte Schütz. Buchschmud nach Scherenschnitten von S. Giesecke. 2. Aufl. (W. G. Teubner, Leipzig.) — Die beiden Hefen ergänzen die bekannten, gleichfalls im Verlag W. G. Teubner erschienenen Sammlungen G. Meyers, M. Radowills, A. Gieschels und werden überall, wo sich langjährige Jugend zusammenfindet, begehrte Aufnahme finden.

Tanzbarabeil. Neue Tänze nach den alten Abendtänzen und andere Tanzweisen, herausgegeben von Max Tepp. Lautensatz von Bernh. Schneider.

Freie Aussprache.

Wir Deutschen und das Schicksal Armeniens.

Von Franz Carl Endres.

Der Vorstand der deutsch-armenischen Gesellschaft verfenbet einen Aufruf an alle Freunde Armeniens, der bestimmt ist, der Friedenskonferenz von Lausanne mit zahlreichen Unter-schriften versehen, vorgelegt zu werden. So sehr es nun fraglich ist, ob diese Konferenz, auf der wirtschaftliche Interessen bitterer und der Idealismus der Humanität wohl nur gelegentlich aus irgend einem Schubfach eines Diplomaten herausgeholt werden wird, in der Lage ist, das Schicksal dieses unglücklichsten aller christlichen Völker zu wenden, so sehr ist es unbedingte Forderung, daß sich das ganze deutsche Volk zu dem Aufruf der deutsch-armenischen Gesellschaft bekennt und dadurch diejenigen Rügen strafte, die aus durchsichtigen Gründen ihm ein Sympathisieren mit den Armeniermassen während des Weltkrieges vorwerfen.

Wir Recht sagt die deutsch-armenische Gesellschaft, daß die von dem armenischen Volk seit vielen Jahren der Unterdrückung und des Krieges erduldeten Leiden an Stärke und Furchbarkeit alles überstiegen, was sich die menschliche Phantasie nur ausmalen kann.

In Deutschland fehlt noch selbst in Gesellschaftskreisen, bei denen man ein gründliches Orientiertsein annehmen könnte, vielfach jede Kenntnis über die tatsächlichen Verhältnisse. Man glaubt da und dort immer noch den gewissenlosen Versicherungen deutschnationaler Zeitungen, daß es mit den Armeniern nicht so schlimm stehe. Man hat die Meldungen nicht erhalten, die von den entsetzlichen Verbrechen in der Zeit des türkisch-griechischen Krieges von einwandfreien Zeugen bestätigt, berichtet. Hunderttausende von armenischen Deportierten und Flüchtlingen leben unter den denkbar entsetzlichen Verhältnissen im nahen Orient, verhungert und heimattlos, zehntausende irren verbannt in allen Ländern der Welt umher.

Der Vertrag von Sebres hat eine befriedigende Lösung des armenischen Problems in streitiger Fassung gebracht. Seine Paragraphen sind aber längst überwunden. Die Londoner Konferenz vom März 1921 und die Pariser Konferenz vom gleichen Monat 1922 erzielten den Vorschlag, den Armeniern eine „nationale Heimstätte“ zu schaffen, eine Forderung, die nicht nur aus dem solidarischen Gefühl der Christenheit sich ganz selbstverständlich ergibt, sondern auch eine ideale Gelegenheit des europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls sein sollte. Der Völkerbundsrat in Genf und zwei Versammlungen des Völkerbundes haben die Schaffung dieser nationalen Heimstätte zum Beschluß erhoben. Es ist nach dem Artikel 22 des Völkerbundsstatutes ohne weiteres klar, daß der Völkerbund als Souverän in der Lage ist, Großmächten das Mandat über die nationale Heimstätte zu geben. Daß man sich mit dieser Angelegenheit, wo es sich um die Befreiung von 5-600 000 Christen, von 150 000 heute unter der Kontrolle und der Verantwortung von amerikanischen und europäischen Hilfskomitees stehenden Massen handelt, als mit einer durchaus ernsten, wichtigen und das Kulturprestige der Kulturmenschen berührenden Frage endlich befassen muß, kann nur für den Willigen noch zweifelhaft sein.

Gerade für diejenigen, auch unter den einsichtigen Tütern, die eine dauernde Veröhnung türkischer und armenischer Interessen herbeiwünschen, muß es zweifellos sein, daß nur eine nationale Heimstätte, die das armenische Volk den Brutalitäten des pantokratischen Fanatismus entzieht, Ordnung und Wiederheraufbaumöglichkeit in Anatolien schaffen kann.

Wir Deutsche haben zwar keine Macht mehr, um die Forderungen eines vollkommen berechtigten Idealismus gegenüber den Siegerstaaten einer gerechten Lösung durchzusetzen. Trotzdem wäre es falsch, wollte man deswegen die Einstellung unserer öffentlichen Meinung als eine bedeutungslose Angelegenheit bezeichnen und etwa folgern, daß es ganz gleichgültig sei, wie wir uns, selbst in Rot und selbst unter ungerechter Behandlung leidend, zu dieser Frage stellen.

Abgesehen von der christlich-eibischen Forderung, dem unglücklichen Nebenmenschen zu helfen, auch dann, wenn man selbst in Rot und Glend sich befindet, ist die einmütige Unterstützung der bescheidenen armenischen Hoffnung auf ein Stück Land, in dem sie nicht gequält, nicht vertrieben und nicht er-mordet werden können — wie selbstverständlich ist diese Forderung — ein Akt der moralischen Milderung als dessen, was namentlich auch deutsche Justizbehörden während des Krieges an Unheil angerichtet haben, ist ein Akt gewaltigster moralischer Propaganda für den deutschen friedfertigen und humanitären Gedanken, an dem eine geschickte feindliche Gegenpropaganda die Mehrzahl aller Menschen der Kulturwelt zweifeln läßt.

Mögen daher auch alle diejenigen Deutschen, an die der Aufruf der deutsch-armenischen Gesellschaft nicht gelangt, ihre Zustimmung zu diesem vom ersten Seit deutscher Kultur getragenen Schritt der deutsch-armenischen Gesellschaft (Boisdam, Nonnstraße 13) umgehend mitteilen.

Ich bin um diesen Artikel von niemanden gebeten worden. Ich schrieb ihn, weil ich die Verhältnisse genau kenne und weil ich weiß, daß Tausende von Deutschen, trotz der Not eigenen Schicksals, mit Freuden bereit sind, der Welt zu beweisen, daß die Barbaren da zu suchen sind, wo das Interesse der Persone jeden menschlichen Mitleids vorangestellt wird. Möge die Welt an dem Eintreten Deutschlands für das Schicksal der Armenier des alten deutschen Kulturgeistes Gaud einmal wieder verspüren.

Ansichts der Lage ist auch für den Monat Dezember eine entsprechende Erhöhung des Bezugspreises nicht zu umgehen erwünscht. Wir bitten unsere Leser von dieser unabwiesbaren, einer weiteren Begründung nicht bedürftigen Maßnahme Kenntnis nehmen zu wollen.

Karlsruhe, den 30. November 1922. Verlag des Badischen Beobachters. Verlag der Badischen Presse. Verlag des Karlsruher Tagblattes. Verlag der Karlsruher Zeitung. Verlag des Neßbenzenzeigers. Verlag des Volksfreunds.

Unser Blatt kostet für den Monat Dezember frei ins Haus M. 550.— Verlag der Karlsruher Zeitung.

Badisches Landestheater. Freitag, 1. Dez. 7 u. 9 Uhr. 600 Mk. Abonn. G 9. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401-3700. Othello. (Oper.)

Herren - Anzüge Ulster Paletots Wetter-Mäntel aus gummierten, imprägnierten und Loden-Stoffen in reichhaltiger Auswahl N. Breitbarth Kaiserstraße Ecke Herrenstraße

Wir sind stets Abnehmer von Weichblei G. Braunische Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karlsruherstr. 14.

Öffentliche Mahnung.

Die nach den Einkommensteuerbescheiden für 1921 noch rücklich zu entrichtenden Einkommensteuerbeträge treten bis 30. November 1922 zu zahlen.

Wer seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist, wird hiermit öffentlich gemahnt. Für diese Mahnung sind Mahngebühren zu entrichten. Es wird bemerkt, daß nach Ablauf einer Woche gegen die rückständigen Steuerpflichtigen das Betreibungsverfahren eingeleitet werden wird.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1922. D.41 Finanzamt-Stadt. Finanzamt-Land.

Binnentarif der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft vom 1. Mai 1913

Wegzettarif Nebenbahnen der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft und der Nebenbahn Rhein-Bahr-Geelbach vom 1. Oktober 1914.

Am 1. Dezember 1922 treten auf unseren Nebenbahnen im Personen-, Gepäc-, Expresgut-, Tier- und Güterverkehr Tarifserhöhungen in Kraft. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro. Kehl, den 27. November 1922.

Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft. Reichsbahndirektion Karlsruhe. Verfügung in Karlsruhe, wurde heute am 27. Nov. 1922, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Firma ihre Zahlungen eingestellt hat. Der Rechtsanwalt Dr. Leopold Friedberg in Karlsruhe, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. Jan. 1923 bei dem Gericht anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die

Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufge-bitten, nichts an die Gemein-schuldner zu verab-folgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegt, von dem Besitz der Sache und von den For-derungen, für welche sie aus der Sache abgefor-derte Befriedigung in An-spruch nehmen, dem Kon-kursverwalter bis zum 20. Januar 1923 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 27. Nov. 1922. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A. 4.

Konkursverfahren. D.44. Waldb. über das Vermögen der Verlin-du-strie Altheim, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Altheim, Amt Baden, in Liquidation, wird heu-te am 25. November 1922, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröff-net, da dieselbe überschul-det ist.

Der Rechtsanwalt Wolff in Waldb. wird zum Konkursverwalter er-nannt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Dezember 1922 bei dem Gerichte an-zumelden.

Es wird Termin anbe-raumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschluß-fassung über die Beibehal-

ber d. J., nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus in Wilsbergingen auf die Dauer von 6 Jahren des Jagd im Domänenwald-district VII, Buchwald mit 313 Hektar. Die Pach-tbedingungen liegen auf dem Forstamt in Langen-steinbach und bei Förster Nommenschlager in Wilsber-gingen zur Einsicht auf.

Jagd-Verpachtung.

Die Stadtgemeinde Ken-ningen verpachtet am Don-nerstag, den 7. Dezember, d. J., vorm. 10 Uhr, im Rathaus dahier die Jagd auf Gemarkung Kenzlin-gen, Jagdbezirk III (Hoch-wald) mit einem Flächen-inhalt von 763 Hektar Wald, Feld und Wiesen auf 6 Jahre. Die Pach-tbedingungen liegen dahier zur Einsicht auf. Als Mieter werden nur solche zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpas-ses sind, oder nachweisen können, daß Bedenken ge-gen die Ausstellung eines solchen nicht bestehen. Kenzingen, 27. Nov. 1922. Bürgermeisteramt: Baptist.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Jagd-Verpachtung. Das Bad. Forstamt Langen-steinbach verpachtet am Dienstag, den 19. Dezem-